

You`ll never walk alone: Für eine linke Basisbewegung

Jetzt ist Anfang und Beginn: Mehr als 100.000 Menschen am 1. November in Berlin gegen den Abbau von sozialen Rechten durch die Bundesregierung - Proteste gegen den sozialen Kahlschlag der hessischen Landesregierung - Streiks und Proteste gegen Bildungsabbau in Berlin, Hessen und Niedersachsen

Nach einer langen Phase der Sprachlosigkeit und Anpassung an den Abbau sozialer Rechte und Standards tut sich nun endlich auch etwas in der Bundesrepublik. Während sich bereits im Sommer eine Welle von Massenprotesten und Streiks in Italien, Frankreich und sogar Österreich gegen die dortigen Sparpolitiken richtete, saß hier die „Zivilgesellschaft“ aus den Spitzen der Gewerkschaften und Initiativen noch an den Runden Tischen der „Modernisierer“ aller Parteien und stritt sich um den angeblich immer kleiner werdenden Kuchen.

In Hessen ist es derzeit die CDU-Regierung unter Roland Koch, die die vermeintlichen Sachzwänge der Sparpolitik durch Sozialabbau konkret werden lässt. Als erstes wären da die Beschäftigten des Landes: Ihnen werden längere Arbeitszeiten bei gleichzeitiger Kürzung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes zugemutet. Zunächst trifft es die BeamtInnen des Landes, die Kürzungen bei Angestellten sind aber bereits angekündigt worden. Bis 2009 soll es keine Neueinstellungen geben, was einer Erhöhung der Arbeitsbelastung für die Beschäftigten gleich kommt. Zweitens wird im Sozialbereich der Rotstift angesetzt. Ein Drittel der bisherigen Ausgaben in diesem Bereich werden eingespart, beim sozialen Wohnungsbau fallen gleich die Hälfte der Mittel weg. SchuldnerInnen- und Drogenberatung, Frauenprojekte, VerbraucherInnenzentralen und Arbeit in sogenannten sozialen Brennpunkten werden so stark gekürzt, das sie oftmals aufgeben müssen. Insgesamt werden durch die Maßnahmen der Regierung etwa 15.000 Menschen ihr Arbeitseinkommen verlieren.

Gleichzeitig sollen die Einnahmen des Landes durch eine allgemeine Anhebung von Gebühren und der Einführung von Studien- und Verwaltungsgebühren erhöht werden. Insgesamt 39 Millionen Euro will Koch allein bei den Studierenden einsacken, was besonders Menschen mit wenig Geld von einem Studium abhalten wird.

Zwei Doofe, ein Gedanke:

Jetzt beteiligen sich SPD und Grüne wieder an Protesten gegen den Sozialabbau und geben sich als das soziale Gewissen Hessens aus. Dabei unterscheidet sich ihre Politik nicht einmal graduell: So beklagt Norbert Schmitt, Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, dass „bei weitem nicht die von Koch angekündigte Summe von einer Milliarde Euro gespart“ würde. Er bleibe „beim Sparen weit hinter den Leistungen rot-grüner Vorgängerregierungen zurück“ (Frankfurter Rundschau, 10.10.03). Angebliche Sachzwänge, die die Politik zum Sparen zwingen sollen, werden übernommen.

Kein Wunder: Bundesweit sind es nämlich SPD und Grüne, die derzeit den Abbau von sozialen Rechten vorantreiben. Mit den Hartz-Gesetzen, der Agenda 2010 und dem darin enthaltenen Arbeitslosengeld II, wird Erwerbslosen die augenblickliche Arbeitslosenhilfe stark gekürzt. Zusätzlich müssen sich Erwerbslose darauf einrichten, dass sowohl auf ihr Erspartes, als auch auf Einkommen der Mitglieder ihrer sogenannten „Bedarfsgemeinschaft“ (Familie, PartnerInnen) zur Finanzierung des Arbeitslosengelds II zurückgegriffen wird. Darüber hinaus werden die EmpfängerInnen des Arbeitslosengelds II dazu gezwungen, sich dieses zu einem Hungerlohn zu „verdienen“ und ständig genötigt sich „Qualifizierungsmaßnahmen“ (egal wie sinnvoll oder nicht) zu unterziehen. Sie und ihre Eltern, Kinder und PartnerInnen werden somit in ihrem individuellen Recht auf freie Berufswahl eingeschränkt.

Neben den Hartz-Gesetzen und der Agenda 2010 schränkt die Gesundheitsreform eine gerechte Finanzierung des Gesundheitssystems weiter ein. Durch die Ausweitung der Zuzahlungen zu Behandlungen und Medikamenten werden die Kosten für Gesundheit für den/die EinzelneN immer höher. Während die gesetzlich Versicherten immer stärker belastet werden, profitieren von der geplanten Senkung der Krankenkassenbeiträge vermeintlich sowohl ArbeiterInnen, Angestellte und BeamtInnen als auch UnternehmerInnen. Was die Beschäftigten erst einmal weniger bezahlen, wird allerdings durch die privaten Mehrausgaben für Gesundheit mehr als aufgezehrt.

Wenn rot/grün nun Roland Koch „Die Rote Karte zeigt“, ist das nur vorgezogener Wahlkampf. Gerhard Schröder und Roland Koch wollen genau dasselbe – zwei Doofe, ein Gedanke. Sparpläne in den Bundesländern und Sozialabbau auf Bundesebene ergänzen sich insoweit, dass sie die Kapitalseite bevorzugen, und die Beschäftigten, insbesondere die Schichten mit geringem Einkommen, stärker belasten, von denen wohl wenig oder gar kein Widerstand erwartet wird.

You can win if you want:

Ob sich die Regierenden aller Parteien - ob in Berlin oder Wiesbaden - darin nicht getäuscht haben: Die Demonstration am 1.11. in Berlin gegen Sozialabbau gibt Anlass zur Hoffnung: mit 100.000 Menschen waren es fünfmal mehr Personen als erwartet, obwohl bis auf ver.di keine der DGB-Gewerkschaften mobilisiert hatte. Trotzdem waren zahlreiche MetallerInnen und andere GewerkschafterInnen anwesend und demonstrierten gemeinsam mit ATTAC, verschiedenen linken Gruppen und einem sozialrevolutionären Block.

Dies könnte der Auftakt für eine Basisbewegung sein, die sich aus verschiedensten Elementen unabhängig von Gewerkschafts-, Partei- und Verbandsspitzen zusammensetzt. Angesichts von Diffamierungen des Protests durch die Fraktions- und Parteisprecherinnen der Grünen Katrin Göring-Eckardt und Angelika Beer als „maßlose Polemik“ und „Aufruf der Besitzstandswahrer“ (TAZ 3.11.), sollte mensch nicht vergessen, dass wenn SPD und Grüne sich an unseren Protesten beteiligen, dies v.a. parteitaktisch motiviert ist.

Wir hoffen, dass der „Tag der Verweigerung“ eine Fortsetzung eines Bündnisses sein wird, das jenseits der etablierten Parteien durch gemeinsamen Protest dem Sozialabbau wirkungsvoll entgegentritt. Eine Basisbewegung, für die wir plädieren, braucht eine selbstorganisierte Struktur jenseits von Verbandsspitzen, in der sie sich Wissen über ihre eigene Situation und die Verhältnisse, in denen sie lebt und handelt, aneignet. Sie könnte sich gegen ihre Bevormundung und Instrumentalisierung immunisieren, indem sie eigene Perspektiven jenseits herrschender Politik entwickelt.